55. Jahrgang. № 49. Sonnabend, 18. Februar 1911.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 M., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Für den Raum von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellte Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis vorm. 9 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen mit der Grundzeile Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Für Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Textseite 40 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden bis 10 Uhr vorm. Beilagen nur gegen Vorausbezahlung. — Durch die Regierung Zeile 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker Dreixing-Lobeck & Co
Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰
Cacao per ½ Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2, 3 u. 5 M.

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Kronleuchter-Fabrik Serrestrasse No. 5/7.

Wie beleuchten wir unsere Wohnräume?
Dieses kleine Büchlein enthält alles für das Publikum Wissenswerte über die Beleuchtung der Wohnräume, sowie das Kochen mit Gas und ist mit Abbildungen von Leuchtern für alle Wohnräume, sowie von Kochern u. Platten versehen. Das Schriftchen geben wir gratis ab.

Für schwache Kinder „Emulsion mit der Plombe". Aus echt Heinr. Meyerschem Lebertran E. m. d. Pl. mit Zusatz von phosphorsauren Nährsalzen bereitet. Angenehm im Geschmack. Aerztlich verordnet und bewährt bei Skrofulose, Engl. Krankheit, schwachem Knochenbau, allgemeiner Körperschwäche. Grosse Flasche 2 Mark. Prompter Versand nach auswärts. Löwen-Apotheke Dresden-A., Altmarkt.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Kaiser Wilhelm wird am 20. Mai in London der Einweihung des Königin-Victoria-Denkmals beiwohnen.

Im preußischen Abgeordnetenhause polemisierte Minister v. Dallwitz in scharfer Weise gegen die Sozialdemokraten.

Bei der Berliner Staatsanwaltschaft wurde gegen zwei Zeugen im Zickel-Prozeß Anzeige wegen Meineids erstattet.

Baron Rothschild-Wien hinterließ 2 Millionen Kronen für Wohltätigkeitszwecke.

Tausende sterben täglich in China an der Pest.

Vertagung oder Schluß?

Die elsaß-lothringische Verfassungsreform-Kommission ist vertagt worden, „da die Verhandlungen in der Kommission einen anderen Verlauf genommen haben, als die verbündeten Regierungen nach den Beratungen im Plenum erwarten konnten", wie der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte. Es beginnt nun ein fröhliches Orakeln, ob diese Vertagung der Anfang vom Ende oder die Einleitung für einen bevorstehenden Umfall der Reichsregierung sein wird. Das ist ein ziemlich müßiges Unternehmen, allzu lange wird man ja auf die Entscheidung nicht zu warten brauchen. Weit interessanter sind für den Augenblick die Umstände, die zu der Vertagung geführt haben.

Sobald die Kommission ihre Sitzungen begann, erhob sich innerhalb der diskret sein sollenden Mauern des Sitzungsraumes ein gewaltiges Feilschen um die Gunst der Elsaß-Lothringer. Und siehe da, merkwürdige „Blocks" bildeten sich. Nach wenigen Sitzungen waren die Parteien der Rechten völlig vereinsamt, während sich Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten in edlem Wetteifer überboten, dem Reichslande ungeahnte Rechte zu verschaffen. So schuf man einen neuen Bundesstaat, gab diesem Staate drei Stimmen im Bundesrate und war eben auf dem besten Wege, noch die letzten Reste der ursprünglichen Regierungsvorlage den Wünschen des Reichslandes zuliebe umzumodeln, da endigte die Erklärung des Staatssekretärs das Wettlaufen um die Gunst der reichsfeindlichen Westmark. Einzig und allein die konservativen Parteien haben mit Nachdruck das Interesse des Deutschen Reiches vertreten, sie sind unterlegen, aber sie können auf diese Niederlage stolz sein. Von den Nationalliberalen trat nur der Abgeordnete Junck für die Grundzüge der Regierungsvorlage ein, er gab damit aber nur seiner höchst persönlichen Meinung Ausdruck und machte daher bald Herrn Bassermann Platz, der von nun an das Tempo für den Wettlauf angab. Jetzt ist der Karren festgefahren, nun, heiliger Florian, hilf!

Vielleicht macht sich bei den Parteien des neuen Blocks doch bald ein gelinder Katzenjammer bemerkbar. Schon jetzt ist man auf der Suche nach dem Sündenbock, und ein „unparteiisch" sein wollendes Blatt der Reichshauptstadt hat ihn bereits gefunden. „Das feudalkonservativ-klerikal demagogische Bündnis" ist an dem bisherigen Scheitern der Vorlage schuld. Das behauptet ein sonst ernst zu nehmendes Blatt, obwohl allein die Parteien der Rechten den Beschlüssen der Kommission nicht zugestimmt haben, während das Zentrum sich dauernd in Uebereinstimmung mit sämtlichen liberalen Parteien befand. Es muß das einmal festgenagelt werden, damit keine neue Legendenbildung entsteht. Liberale wie Zentrum fürchten eben für ihre Mandate im Reichslande, darum suchte man den Elsaß-Lothringern jeden Wunsch zu erfüllen. Diese Taktik mag ja bei den kommenden Wahlen sehr einträglich sein, national kann man sie aber wirklich nicht nennen. Ob sie zudem den gewünschten Erfolg haben wird, ist noch sehr die Frage. Augenblicklich liegt die Möglichkeit vor, daß das unvernünftige Drängen die ganze Vorlage zum Scheitern bringt. Das wäre ja durchaus nicht zu bedauern, aber gewollt ist dieser Erfolg sicher nicht.

Die Regierung ist in einer peinlichen Lage, und man kann wirklich gespannt sein, welchen Ausweg sie finden wird. Die Erhebung Elsaß-Lothringens zum Bundesstaat ist erst kürzlich in aller Form für eine unannehmbare Forderung erklärt worden. Aber dieses „unannehmbar" hat man in der Kommission nicht tragisch genommen. Vielleicht mit Recht. Denn ein offenbar offiziöser Artikel aus Straßburg erklärte, daß man jetzt nur ein Uebergangsstadium schaffen wolle, später müsse das Reichsland selbständiger Bundesstaat werden. Das klingt doch sehr entgegenkommend. Im Reichstag hatte ferner der Kanzler erklärt, die Forderung, dem Reichsland Bundesratsstimmen zu geben, die aber nur bei wirtschaftlichen Fragen in Kraft treten sollten, sei undurchführbar, da sich der Begriff „wirtschaftliche Fragen" nicht genau präzisieren lasse. In dem erwähnten Artikel wurde aber zu verstehen gegeben, daß sich über die Bundesratsstimmen reden lasse. Zum Schluß wurde dann gesagt, der Bundesstaat Elsaß-Lothringen müsse eine stolze Zukunft haben als Kaiserland. Das Wort von der stolzen Zukunft des Reichslandes klingt ja sehr schön, aber es ist doch mehr oder weniger eine Phrase. Es erinnert etwas an die Romantik Friedrich Wilhelms IV., die hinter der historischen Entwicklung um einige Jahrhunderte zurückblieb. Eine gesunde Entwicklung, so wollen wir uns lieber ausdrücken, wird im Reichsland nur dann eintreten, wenn man der Bevölkerung die Möglichkeit nimmt, durch Französelei ihr Deutschtum zurückzudrängen, wenn man, wie es einst die Franzosen mit großem Erfolg getan haben, die Elsaß-Lothringer mit stetiger Energie an das Reich kettet. Das ist natürlich unmöglich, wenn man ihnen völlige politische Selbständigkeit gibt. Darum wäre es durchaus im Interesse des deutschen Reiches, wenn die jetzige Vertagung der Reichstagskommission den vorläufigen Schluß der ganzen Verfassungsreform bedeuten würde.

Hohe Politik in Washington.

Man stelle sich einmal folgendes vor: Im deutschen Reichstag brächte der Führer der stärksten Partei den Antrag ein, die deutsche Regierung sollte mit Rußland in diplomatische Verhandlungen treten, um die Vereinigung gewisser mit deutscher Bevölkerung durchsetzter Gebiete dieses Landes, etwa der Ostseeprovinzen, mit dem Deutschen Reiche zu ermöglichen. Zunächst würde ein homerisches Gelächter sämtlicher Reichstagsabgeordneten die erste Folge dieses Antrages sein. Dann würde ein Mitglied der Reichsregierung eine scharfe Verwahrung gegen eine derartig taktlose und gefährliche Bierbankpolitik einlegen, und damit würde es sich in völliger Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke befinden. Trotzalledem aber würde die Presse der ganzen Welt einen Höllenlärm schlagen, und alle Beschwichtigungsversuche der deutschen Reichsregierung würden nie und nimmer die Meinung des Auslandes beseitigen, daß Deutschland ein Raubstaat sei, wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe. Das alles würden die unausbleiblichen Folgen eines solchen Antrages sein, der im deutschen Reichstag eingebracht würde.

Wie anders in Amerika. Im nordamerikanischen Repräsentantenhause in Washington hat der Führer der stärksten Partei, der Demokrat Champ Clark bei der Verhandlung des Handelsvertrages zwischen der Union und Kanada feierlich erklärt, die Annexion Kanadas durch die Vereinigten Staaten sei das glänzendste Ziel amerikanischer Staatskunst und die unausbleibliche Folge des neuen Handelsvertrages. In begeisterten Worten schilderte er, wie in Zukunft die Sterne und Streifen über den ganzen nordamerikanischen Kontinent bis hinauf zum Nordpol wehen würden. Und die Repräsentanten des nordamerikanischen Volkes? Sie erhoben sich einmütig von ihren Sitzen, und ein nicht endenwollender minutenlanger Beifallssturm durchbrauste das hohe Haus. Als darauf der Führer der Insurgenten, Norris, den Redner fragte, was wohl England dazu sagen würde, und ob er glaube, daß die Annektierung zur Erhaltung des Friedens beitragen werde, meinte der große Politiker Clark: England wird froh sein, wenn die nördliche Dominion ein Teil unserer Republik wird.

Herr Taft, der Präsident, ist natürlich auf das peinlichste berührt. Er hat Clarks Entgleisung abzuschwächen versucht, indem er einigen Kongreßmitgliedern sein Erstaunen ausgedrückt hat, daß der Gedanke einer Annexion im Repräsentantenhaus überhaupt erwähnt und zugelassen worden sei. Clark ist nämlich zugleich der Sprecher des Hauses. Außerdem hat er in einem Schreiben erklärt, der Handelsvertrag habe absolut keine politische Bedeutung. Und der Erfolg dieser Abschwächungsversuche? Das Kongreßmitglied Bennets hat eine Resolution eingebracht, in der befürwortet wird, in diplomatische Verhandlungen betreffend die Annektierung Kanadas einzutreten. Armer Mister Taft.

In England ist man vorläufig noch sprachlos. Man berichtet zwar ausführlich über die Vorgänge in Washington, aber man enthält sich vorläufig so ziemlich jeder Kritik. Nur die „Morningpost" ermahnt die Regierung, die Reform des Oberhauses ruhen zu lassen, „da das Reich in Gefahr sei". Die guten Briten haben eine herbe Enttäuschung erlebt. Erst kürzlich konnten sie sich erfreuen an den Worten des Kommodore Sims, der ihnen die Waffenhilfe des blutsverwandten nordamerikanischen Volkes in Aussicht stellte, und jetzt erklärte die stärkste Partei dieses Volkes frank und frei, daß man den Briten eine ihrer wertvollsten Kolonien abnehmen müsse. Das ist bitter, aber man schweigt vorsichtig. Man steckt die unglaubliche Taktlosigkeit der braven Yankees mit verlegenem Lächeln ein und tut so, als nehme man die ganze Sache nicht ernst. Das ist wohl auch das klügste. Aber man denke sich einmal eine ähnliche Debatte im deutschen Reichstag. Das Geschrei der englischen Presse würde Tote auferwecken können.

Neueste Drahtmeldungen

vom 17. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Beratung steht der **Etat für Kiautschou.** Abg. Raden (Zentr.) führt aus, daß das Schutzgebiet eine erfreuliche Entwicklung genommen habe. Die Kolonie könne, abgesehen vom Militär, beinahe ihre sämtlichen Ausgaben selbst aufbringen. Sie sei daher reif für eine ausgedehnte Selbstverwaltung. Erfreulich sei die Einführung der kaufmännischen Buchführung beim Werftbetrieb in Tsingtau. Der Staatssekretär verdiene dafür Dank, daß er, im Gegensatz zu anderen Reichsämtern, den Verhandlungen des Reichstages folge. Redner fordert Professuren für Kolonialrecht, fragt an, ob für das Schutzgebiet eine Pestgefahr bestehe, und spricht die Erwartung aus, daß so kleinliche Streitereien, wie sie bei der deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau vorgekommen sind, in Zukunft unmöglich sein werden. (Beifall.) — Abg. Eickhoff (Vp.) spricht die Genugtuung seiner Freunde über die günstige Entwicklung der Kolonie aus. Die Reichsmittel seien gut angewandt worden. Die Bevölkerung sei jetzt für die Selbstverwaltung reif. Die kleinen Mißhelligkeiten an der Hochschule in Tsingtau seien Kinderkrankheiten. — Staatssekretär v. Tirpitz dankt für die anerkennenden Worte. Der Höhepunkt ist allerdings in Kiautschous Entwicklung noch nicht erreicht. Für die Errichtung von Kolonial-Lehrstühlen werden wir auch weiterhin eintreten. Das Schutzgebiet ist pestfrei; es sind alle Schutzmaßregeln getroffen, die möglich sind. Die Reichsmarineverwaltung wird von Zeit zu Zeit über die Situation Notizen in der Presse veröffentlichen. Um eine wirksame Absperrung zu ermöglichen, mußten vom letzten Transport zwei Offiziere und 300 Mann zurückbehalten werden. Auch zwei Aerzte sind zurückgeblieben. Wir haben Quarantäne-Lazarette eingerichtet und eine hermetische Absperrung durchgeführt. Die Chinesen in unserem Schutzgebiet haben sich mit großer Rührigkeit an diesen Absperrungsmaßregeln beteiligt, während sie es bekanntlich im übrigen China an diesem Eifer sehr fehlen lassen. — Abg. Freiherr v. Richthofen (kons.) hofft, daß es gelingen werde, die Pest von unserem Schutzgebiet fernzuhalten. Die Kosten dürften nicht gescheut werden. Ueber die Entwicklung Kiautschous sind auch wir hocherfreut. — Abg. Noske (Soz.) äußert sich abfprechend über die Kolonie und deren Verwaltung und erklärt, wir lehnen den Etat ab. — Abg. Dr. Görcke (natl.) wundert sich darüber nicht, hätten doch die Sozialdemokraten nie etwas für die Kolonien übrig gehabt. Redner erörtert aus eigener Anschauung die Verhältnisse von Kiautschou. Die Beamten haben ein reichliches Maß von Arbeit, das jetzt noch wegen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pestgefahr gestiegen ist. Das Realgymnasium, das auf dem Prinzip der Koeducation aufgebaut ist, hat sich sehr gut bewährt. Es wird schwer sein, die für die Selbstverwaltungskörper notwendige Zahl von Stadtverordneten aufzubringen, da die gewiß sehr tüchtigen Kaufleute durch ihre Geschäfte vollauf in Anspruch genommen sind. Redner hat gefunden, daß die Chinesen ein weitgehendes Vertrauen zur deutschen Verwaltung und deutschen Justiz haben. Die Ablehnung des kleinen Aktiengesetzes habe auf unsere Landsleute im Schutzgebiete wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt. — Abg. Ledebour (Soz.): Das Reich habe an Kiautschou gar kein Interesse. Von dem Hafen von Tsingtau hätten nur die Chinesen Vorteil. Die deutsche Einfuhr gehe ständig zurück. Die schlauen Chinesen hätten einen so harmlosen Reichstagsabgeordneten wie Herrn Goercke tüchtig eingeseift. Wir sollten versuchen, Kiautschou so bald als möglich los zu werden. — Abg. Erzberger (Zentr.) verweist dem Vorredner gegenüber darauf, daß auch der Sozialdemokrat Eduard Bernstein die Besetzung Kiautschous als einen geschickten Schachzug des Fürsten Bülow bezeichnet habe. (Abg. Bebel: Aber wir nicht. Sie haben auch weiße Sperlinge in Ihrer Partei.) Es ist ein mehr als eigenartiges Verlangen, daß wir